



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Köln

285
G 1294

Amtsblatt-Abo online
Info unter
<http://www.boehm.de/amsblatt>

Herausgeber: Bezirksregierung Köln

198. Jahrgang

Köln, 6. August 2018

Nummer 31

Inhaltsangabe:

A Runderlasse und Mitteilungen der Landesregierung und der obersten Landesbehörden

423. Einziehung einer Teilstrecke auf der Bundesautobahn 44
Seite 285
424. Umstufung von Teilstrecken der Landesstraßen 264 und 271 im
Gebiet der Gemeinde Nörvenich Seite 286
425. Umstufung von Teilstrecken der Landesstraße 332 und Kreis-
straße 29 im Gebiet der Stadt Troisdorf Seite 286
426. Bekanntmachung des Landesamtes für Natur, Umwelt und
Verbraucherschutz (Zukauf konventionellen Rauhfutters für
Ökolandbaubetriebe Seite 287

C Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

427. Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises
h i e r : Stadt Euskirchen, Nr. 0135 Seite 292
428. Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels
h i e r : Grundschulverbund der Gemeinde Blankenheim
Seite 292
429. Kraftloserklärung eines Sparkassenbuches
h i e r : Sparkasse Leverkusen Seite 292

E Sonstiges

430. Liquidation
h i e r : musik-bogen e.V. – Evangelische Kirchengemeinde
Wesseling Seite 292

A Runderlasse und Mitteilungen der Landesregierung und der obersten Landesbehörden

423. Einziehung einer Teilstrecke auf der Bundesautobahn 44

Ministerium für Verkehr des Landes
Nordrhein-Westfalen

III A 1-11-42/262

Düsseldorf, den 18. Juli 2018

Im Gebiet der Gemeinde Titz, Kreis Düren, Regie-
rungsbezirk Köln stehen eine Teilstrecke der A 44 dem
weiträumigen Verkehr nicht mehr zur Verfügung.

Die Teilstrecke der A 44

- 1.) von NK 4904 034 A nach NK 4904 077 O
von Station 0,000 nach Station 0,185
(Länge 0,185 km)

hat jede Verkehrsbedeutung verloren und wird gemäß
§ 2 Abs. 4 Bundesfernstraßengesetz – FStrG – eingezogen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats
nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist
beim Verwaltungsgericht Köln in Köln schriftlich oder
mündlich zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Ge-
schäftsstelle zu erklären.

Die Klage kann auch in elektronischer Form einge-
reicht werden. Das elektronische Dokument muss mit
einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen sein
und an die elektronische Poststelle des Gerichts übermit-
telt werden.

Bei schriftlicher Klageerhebung ist die Rechtsbehelfs-
frist nur gewahrt, wenn die Klageschrift vor Ablauf der
Monatsfrist bei Gericht eingegangen ist. Wird die Klage
schriftlich erhoben, sollen ihr zwei Durchschriften beige-
fügt werden. Falls die Frist durch das Verschulden eines
von Bevollmächtigten veräumt werden sollte, so würde
dessen Verschulden dem Kläger zugerechnet werden.

Im Auftrag
gez. Dr. Markus M ü h l

ABl. Reg. K 2018, S. 285

424. Umstufung von Teilstrecken der Landesstraßen 264 und 271 im Gebiet der Gemeinde Nörvenich

Ministerium für Verkehr des Landes
Nordrhein-Westfalen

III A 1-11-14/287

Düsseldorf, den 18. Juli 2018

Im Gebiet der Gemeinde Nörvenich, Kreis Düren, Regierungsbezirk Köln hat sich durch den Neubau der L 264, Ortsumgehung Frauwüllesheim die Verkehrsbedeutung von Teilstrecken der bisherigen L 264 und L 271 geändert.

Die Teilstrecken der L 264

1. von NK 5105 019 O nach NK 5205 003 O
von Station 1,886 nach Station 2,341
(Länge: 0,455 km)
2. von NK 5205 003 O nach NK 5205 004 O
von Station 0,000 nach Station 0,140
(Länge: 0,140 km)
3. von NK 5205 005 O nach NK 5205 006 O
von Station 0,000 nach Station 0,253
(Länge: 0,253 km)
(Gesamtlänge 1–3: 0,848 km)

sowie die Teilstrecke der L 271

4. von NK 5205 002 O nach NK 5205 005 O
von Station 1,469 nach Station 1,775
(Länge: 0,306 km)

werden mit Wirkung zum

1. Januar 2019

gemäß § 8 Abs. 1 Straßen- und Wegegesetz – StrWG NRW – zur Gemeindestraße (§ 3 Abs. 4 StrWG NRW) in der Baulast der Gemeinde Nörvenich abgestuft.

Die Teilstrecke der L 264

5. von NK 5205 004 O nach NK 5205 005 O
von Station 0,000 nach Station 0,100
(Länge: 0,100 km)

wird zur L 327 umbenannt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Aachen in Aachen schriftlich oder mündlich zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Die Klage kann auch in elektronischer Form eingereicht werden. Das elektronische Dokument muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen sein und an die elektronische Poststelle des Gerichts übermittelt werden.

Bei schriftlicher Klageerhebung ist die Rechtsbehelfsfrist nur gewahrt, wenn die Klageschrift vor Ablauf der Monatsfrist bei Gericht eingegangen ist. Wird die Klage schriftlich erhoben, sollen ihr zwei Durchschriften beigelegt werden. Falls die Frist durch das Verschulden eines

von Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden dem Kläger zugerechnet werden.

Im Auftrag
gez. Dr. Markus M ü h l

ABl. Reg. K 2018, S. 286

425. Umstufung von Teilstrecken der Landesstraße 332 und Kreisstraße 29 im Gebiet der Stadt Troisdorf

Ministerium für Verkehr des Landes
Nordrhein-Westfalen

III A 1-11-14/118

Düsseldorf, den 18. Juli 2018

Im Gebiet der Stadt Troisdorf, Kreis Rhein-Sieg-Kreis, Regierungsbezirk Köln, hat sich durch den Neubau einer Teilstrecke der L 332 die Verkehrsbedeutung von Teilstrecken der L 332 (alt) und K 29 geändert.

Die Teilstrecken der L 332 (alt)

1. von NK 5208 400 O nach NK 5208 086 O
von Station 0,126 bis Station 0,291
(Länge: 0,165 km)
2. von NK 5208 400 O nach NK 5208 086 O
von Station 0,297 bis Station 2,302
(Länge: 2,011 km)
(Gesamtlänge 1–2: 2,176 km)

sowie die Verbindungsstrecken im Netzknoten 5208 070 der K 29

3. D–E 0,026 km
4. E–B 0,031 km
5. B–C 0,021 km
6. C–D 0,028 km

(Gesamtlänge: 4–7: 0,106 km)

werden gemäß § 8 Abs. 1 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen – StrWG NRW – mit Wirkung zum 1. Oktober 2018 zur Gemeindestraße (§ 3 Abs. 4 StrWG NRW) (Zimmer 1–2) in der Baulast der Stadt Troisdorf abgestuft bzw. zur Landesstraße 332 (§ 3 Abs. 2 StrWG NRW) (Ziffer 3–6) aufgestuft.

Die Teilstrecke

7. von NK 5208 400 O nach NK 5208 086 O
von Station 0,291 bis Station 0,297
(Länge: 0,006 km)

verbleibt gemäß § 45 StrWG NRW in der Baulast der Siegburg-Zündorf-Bahn.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Köln in Köln schriftlich oder mündlich zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Die Klage kann auch in elektronischer Form eingereicht werden. Das elektronische Dokument muss mit

einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen sein und an die elektronische Poststelle des Gerichts übermittelt werden.

Bei schriftlicher Klageerhebung ist die Rechtsbehelfsfrist nur gewahrt, wenn die Klageschrift vor Ablauf der Monatsfrist bei Gericht eingegangen ist. Wird die Klage schriftlich erhoben, sollen ihr zwei Durchschriften beigelegt werden. Falls die Frist durch das Verschulden eines von Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden dem Kläger zugerechnet werden.

Im Auftrag
gez. Dr. Markus Mühl

ABl. Reg. K 2018, S. 286

426. Bekanntmachung des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (Zukauf konventionellen Rauhfutters für Ökolandbaubetriebe)

Allgemeinverfügung

gemäß Artikel 22 Abs. 2 f) der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 i. V. m. Artikel 47 Buchstabe c) der Verordnung (EG) Nr. 889/2008 der Kommission vom 5. September 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 834/2007, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates vom 13. Mai 2013 zur Anpassung einiger Verordnungen und Beschlüsse in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Statistik, transeuropäische Netze, Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit, Umwelt, Zollunion, Außenbeziehungen, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Organe aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien

des Landesamtes für Natur, Umwelt und
Verbraucherschutz vom 27. Juli 2018

Im Rahmen des Vollzugs

- der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen (VO 834),
- der Verordnung (EG) Nr. 889/2008 der Kommission vom 5. September 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen hinsichtlich der ökologischen/biologischen Produktion, Kennzeichnung und Kontrolle (DVO 889) und
- § 2 Nr. 11 der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten und zur Übertragung von Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen für Bereiche der Agrarwirtschaft (ZustVOAgrar NRW) vom 11. November 2008 (GVBl. NRW 2008 S. 732)

erlässt das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) als zuständige Behörde aufgrund

außergewöhnlicher Witterungsverhältnisse folgende Allgemeinverfügung:

I. Zulassung der Verwendung von nichtökologischem/nichtbiologischem Raufutter^{*)} und des Anbaus von Raufutter auf konventionellen Flächen unter Einhaltung der Produktionsbedingungen einer ökologischen Pflanzenerzeugung für Unternehmer, die

1. ihre betriebsbezogene Futtersituation nachvollziehbar darstellen und die Knappheit an ökologisch erzeugtem Raufutter begründen^{**)},
2. über eine Bestätigung eines Bio-Anbauverbandes^{***)} verfügen, dass die Knappheit an ökologisch erzeugtem Raufutter nicht durch entsprechende Zukäufe in zumutbarer Weise^{****)} beseitigt werden kann.

*) Raufutter: Gras, Heu, Stroh, Grassilage, Maissilage und andere Ganzpflanzenprodukte mit hohem Strukturgehalt.

***) Die Begründung, dass für eine Tierart (z. B. Milchkühe) eine besondere Qualität des Raufutters benötigt wird, ist für die Befürwortung einer Ausnahmegenehmigung nicht ausreichend.

****) Die Anbauverbände haben sich dankenswerterweise bereit erklärt, diese Bestätigungen auch für Nichtmitgliedsbetriebe auszustellen.

*****) Als zumutbar wird bei Quaderballen 200 km und bei Rundballen 100 km festgelegt. Bei der zumutbaren Entfernung spielen die Landesgrenzen keine Rolle und Angebote aus benachbarten Bundesländern oder ggf. anderen Mitgliedstaaten sind daher wie solche aus NRW zu bewerten.

II. Der Umfang der unter Ziffer I. zugelassenen Mengen ist auf das notwendige Maß zur Erhaltung der ökologischen/biologischen Produktion zu beschränken. Nichtökologisches/nichtbiologisches Raufutter darf höchstens bis zum

30. Juni 2019

verfüttert werden.

III. Die Zulassung gemäß Ziffer I. ist befristet bis zum 30. September 2018.

IV. Folgende Unterlagen sind über die Kontrollstelle dem LANUV spätestens 14 Tage nach Erwerb des nichtökologischen/nichtbiologischen Raufutters vorzulegen:

1. die Bestätigung über die Nichtverfügbarkeit eines Bio-Anbauverbandes,
2. das Ergebnis der eigenen Suchanfrage,
3. Angaben zur Futtersituation nach beigelegtem Muster

V. Die Genehmigung gemäß Ziffer I. ergeht vorbehaltlich der nachträglichen Prüfung der eingereichten Unterlagen gemäß Ziffer IV. durch das LANUV.

VI. Bei Unternehmen, die

1. eine Notsituation wie unter Ziffer I. dargestellt nicht nachweisen können und/ oder

2. entgegen Ziffer II. das notwendige Maß überschreiten und/oder
3. die unter Ziffer IV. angeforderten Unterlagen nicht oder nicht rechtzeitig vorlegen,

wird die Verwendung von nichtökologischen/nicht-biologischen Futtermitteln als Verstoß im Sinne von Art. 30 Abs. 1 VO 834 behandelt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden.

Die Klage ist vor dem nordrhein-westfälisches Verwaltungsgericht schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts zu erklären, in dessen Bezirk der Beschwerde seinen Sitz oder Wohnsitz hat. Die Nordrhein Westfälischen Verwaltungsgerichte haben ihren Sitz in:

- 52070 Aachen, Adalbertsteinweg 92 im Justizzentrum für das Gebiet der kreisfreien Stadt Aachen und der Kreise Aachen, Düren, Euskirchen und Heinsberg
- 59821 Arnsberg, Jägerstrasse 1 für das Gebiet der kreisfreien Städte Hagen und Hamm sowie des Ennepe-Ruhr-Kreises, des Hochsauerlandkreises, des Märkischen Kreises und der Kreise Olpe, Siegen-Wittgenstein und Soest
- 40213 Düsseldorf, Bastionstrasse 39 für das Gebiet der kreisfreien Städte, Düsseldorf, Duisburg, Krefeld, Mönchengladbach, Mühlheim a. d. Ruhr, Oberhausen Remscheid, Solingen und Wuppertal sowie der Kreise Kleve, Mettmann, Neuss, Viersen und Wesel

– 45879 Gelsenkirchen, Bahnhofsvorplatz 3 für das Gebiet der kreisfreien Städte Bochum, Bottrop, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen und Herne sowie der Kreise Recklinghausen und Unna

– 50667 Köln, Appellhofplatz für das Gebiet der kreisfreien Städte Bonn, Köln und Leverkusen sowie des Rhein-Erft-Kreises, des Oberbergischen Kreises, des Rheinisch-Bergischen Kreises und des Rhein-Sieg-Kreises

– 32389 Minden, Königswall 8 für das Gebiet der kreisfreien Stadt Bielefeld sowie der Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke und Paderborn

– 48147 Münster, Piusallee 38 für das Gebiet der kreisfreien Stadt Münster sowie der Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Land Nordrhein Westfalen) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Im Auftrag
gez. R a t s a k

Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz



Angaben zur Futtersituation im Jahr 2018 zum Nachweis über Notwendigkeit der Verwendung von konventionellem Raufutter gemäß Art. 47 Buchstabe c) der Verordnung (EWG) Nr. 889/2008 (DVO)

Der ausgefüllte Nachweis ist zu senden an:

1. Ihre Öko-Kontrollstelle, diese nimmt Stellung zum Nachweis und leitet den Antrag weiter an das:
2. Landesamt für Natur, Umwelt- und Verbraucherschutz NRW
FB 82 / Ökolandbau, Postfach 10 10 52, 45610 Recklinghausen
Fax 0211 – 1590 2501, E-Mail: 82-Oeko@lanuv.nrw.de

A. Antragstellerin bzw. Antragsteller:

Name des Betriebes / Unternehmens

Anschrift des Betriebes / Unternehmens

DE-NW-

Kontrollnummer

Telefon / Fax / E-Mail

B. Allgemeine Angaben zur betrieblichen Situation:

1. Ökologisch bewirtschaftete Gesamt-Fläche: ha
2. Tierbestand an Raufutterfressern in GV:

Tierart:	2015	2016	2017	2018

3. Eigene Vorräte und Erntemengen an ökologisch erzeugten Raufuttermitteln:

	2018			Normalertrag	Defizit	
	Vorräte 2018	Fläche in ha	Ernte 2018:			
Heu						dt
Grassilage						m ³
Maissilage						m ³
Sonstiges						

Die genannten Vorräte und Erntemengen sowie der unter 4. genannte beabsichtigte Zukauf an ökologischem Raufutter reichten nur aus, um den Bedarf an Raufutter für die unter 2. genannten Raufutterfreser zu _____ % der Trockenmasse zu decken.

4. Zukauf 2018:

	ökologisch:	konventionell:	
Heu			dt
Grassilage			m ³
Maissilage			m ³
Sonstiges			

5. Eigener Anbau von Zwischenfrüchten zur Raufuttergewinnung in 2018 auf ökologischen Flächen:

Zwischenfrucht	ha	Aussaat - Ernte	erwarteter Ertrag in dt oder m ³	entspricht % der Futterernte 2017 benötigten TM

6. Eigener Anbau von Zwischenfrüchten zur Raufuttergewinnung in 2018 auf konventionellen Flächen unter Einhaltung der Produktionsbedingungen der Öko-VO:

Zwischenfrucht	ha	Aussaat - Ernte	erwarteter Ertrag in dt oder m ³	entspricht % der Futterernte 2018 benötigten TM

Ich bestätige die Richtigkeit der oben gemachten Angaben sowie, dass ich im Jahr 2018 kein selbst erzeugtes Öko-Raufutter abgegeben habe. Ich sichere zu, dass ich die nichtbiologischen/nichtökologischen Raufuttermittel höchstens bis zum 30.06.2019 verfüttere.

Ich bitte meine Öko-Kontrollstelle, diesen Antrag mit Stellungnahme an das LANUV NRW unverzüglich weiterzureichen.

Ort, Datum

Unterschrift des Betriebsleiters / der Betriebsleiterin

Von der Öko-Kontrollstelle auszufüllen:

- Die Angaben des Unternehmens sind plausibel, vollständig und richtig.
- Zu den Angaben des Unternehmens machen wir folgende Anmerkung:

- Wir bestätigen die Notwendigkeit des unter 4. genannten Zukaufs konventioneller Raufuttermittel
- Wir bestätigen die Notwendigkeit der unter 6. genannten Erzeugung von Zwischenfrüchten auf konventionellen Flächen.

Ort, Datum und Unterschrift der Öko-Kontrollstelle

Anlage 1 Bestätigung über die Nichtverfügbarkeit durch den Bio-Anbauverband

_____ vom _____, 2018 beigefügt.

Anlage 2 eigene Suchanfrage <http://www.marktplatz.oekolandbau.nrw.de/> vom: _____

